

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université
Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden
Band: 47 (2021)
Heft: 2

Artikel: Was Wissenschaft und Politik in der Krise voneinander gelernt haben
Autor: Herzog, Eva / Tanner, Marcel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-966139>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was Wissenschaft und Politik in der Krise voneinander gelernt haben

Ein Interview mit Eva Herzog* und Marcel Tanner**

Die Wissenschaft liefert Daten und kann mögliche Entwicklungen aufzeigen, die Politik muss Entscheidungen fällen und verantworten. Diese «Arbeitsteilung» hat auch in der Corona-Pandemie funktioniert, wurde aber immer wieder einer kritischen Beobachtung unterzogen. Eva Herzog, Ständerätin Basel-Stadt (SP) und Marcel Tanner, Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz und bis Ende Januar 2021 Leiter der Expertengruppe Public Health der Covid-19 Science Taskforce, beleuchten das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft und erläutern, welche Lehren für künftige Herausforderungen aus der Krise gezogen werden müssen.

Interview: Astrid Tomczak-Plewka***

Marcel Tanner, Eva Herzog, am Tag unseres Gesprächs wird Bundesrat Alain Berset in den Medien mit dem Satz zitiert: «Ich habe die Wissenschaft zu wenig hinterfragt».

Was sagen Sie dazu?

Marcel Tanner: Wir müssen einander nicht hinterfragen, sondern miteinander reden. Die Politik stellt Fragen an die Wissenschaft, sie erfragt den neuesten Stand des Wissens, ist interessiert am Wissen und am Nichtwissen. Der Bundesrat muss fragen, was die wissenschaftlichen Grundlagen sind, aber sicher nicht alles hinterfragen. Alles zu hinterfragen bedeutet nicht, dass jemand besonders kritisch ist, sondern dass jemand kein Vertrauen hat.

Eva Herzog: In dieser Absolutheit finde ich die Aussage schwierig. Hinterfragen ist so ein negativer Begriff, es klingt nach insgesamt in Frage stellen, das fände ich ganz falsch. Man soll Fragen stellen, etwa dazu, wie die Wissenschaft zu bestimmten Aussagen kommt. Die Wissenschaft ist ja als Erste bereit, transparent zu machen, was ihre Annahmen und Datengrundlagen sind und warum sie zu bestimmten Schlüssen kommt. Die Wissenschaft nimmt nicht für sich in Anspruch, die absolute Wahrheit gepachtet zu haben. Als Politikerin wiederum bin ich auf Informationen und Erkenntnisse der Wissenschaft angewiesen, die ich selber nicht haben kann. Ich muss sie nachvollziehen und verstehen können und daraus meine Schlüsse ziehen. Für die politischen Entscheidungen muss ich dann noch andere Faktoren berücksichtigen als die rein epidemiologischen Empfehlungen. Es gibt also ein dynamisches Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, das in Fragen stellen besteht.

Tanner: Das Hinterfragen blockiert aber genau diesen wichtigen Dialog.

Herzog: Genau.

* Weiherhofstrasse 135, 4054 Basel.

E-mail: eva.herzog@parl.ch



Eva Herzog (Jg. 1961), Dr. phil. I, ist Ständerätin Basel-Stadt (SP). Nach ihrem Studium in Geschichte, Wirtschaftswissenschaft und Spanisch an den Universitäten Basel und Santiago de Compostela arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte. 1994/1995 war sie Koordinatorin des Vereins Frauenstadtrundgang Basel. 1995 promovierte sie mit einer Arbeit über die Geschichte des Fraueturnens im Kanton Basel-Landschaft. Von 1995 bis 1999 war Herzog Mitglied des Leitungsteams und der Geschäftsleitung der Kulturwerkstatt Kaserne in Basel. 2000 arbeitete sie als freiberufliche Kulturveranstalterin und von 2001 bis 2004 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vizerektorat Forschung der Universität Basel. Von 1999 bis 2003 gehörte Herzog dem Verfassungsrat des Kantons Basel-Stadt an. Von 2001 bis 2005 war sie Mitglied des Grossen Rates und gehörte der Bildungs- und Kulturkommission an. 2004/2005 präsidierte sie die SP-Fraktion im Grossen Rat. Von 2005 bis 2019 war sie Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt und Vorsteherin des Finanzdepartements. Bei den eidgenössischen Wahlen 2019 wurde sie am 20. Oktober in den Ständerat gewählt. Eva Herzog lebt mit ihrem Partner und ihren zwei erwachsenen Söhnen in Basel.

Photo: Martin Bichsel

** Swiss TPH, Socinstrasse 57, 4002 Basel.

E-mail: marcel.tanner@swisstph.ch



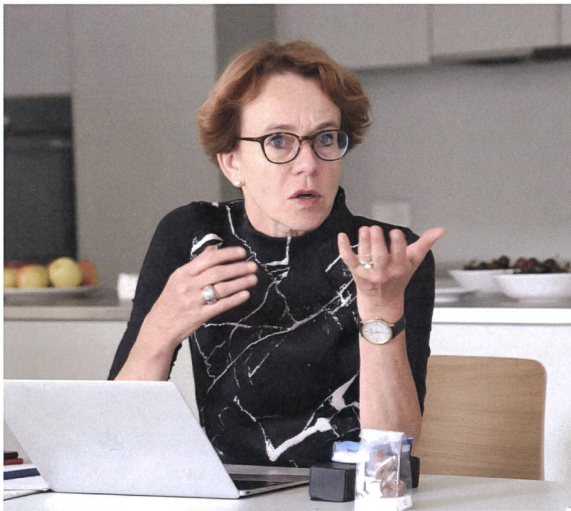
Marcel Tanner (Jg. 1952), Dr. phil., ist Epidemiologe und Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Marcel Tanner erwarb einen Dokortitel in medizinischer Biologie an der Universität Basel und einen Master in Public Health an der Universität London. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2017 war er Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Epidemiologie/Public Health und medizinische Parasitologie an der naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultät der Universität Basel. Als Forscher, Gesundheitsplaner und Public Health Experte war er weltweit tätig. So war er auch Mitversuchsleiter der ersten afrikanischen Malaria-Impfstoffstudien und Mitleiter der meisten grossen Interventionsstudien zu Malaria und Bilharziose in Afrika. In Tansania hat er das Health Institute Ifakara mit aufgebaut. Von 1997 bis 2015 war Tanner Direktor des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts, heute ist er Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Von April 2020 bis Januar 2021 war er als Leiter der Expertengruppe Public Health Mitglied der Covid-19 Science Taskforce. Er ist Mitglied und Berater in verschiedenen nationalen und internationalen Gremien und Stiftungen. Marcel Tanner lebt mit seiner Frau seit 1987 wieder in Basel.

Photo: Annette Boutellier

Liegt das nicht auch daran, dass Wissenschaft und Politik eine andere Sprache sprechen? Die Politik setzt oft auf Slogans, die Wissenschaft hingegen auf Erkenntnisgewinn und das konstante Überprüfen dieser Erkenntnisse.

Herzog: Etwas plakativ würde ich tatsächlich sagen, die Sprache von Politik und Wissenschaft ist wie Feuer und Wasser. Die Wissenschaft ist differenziert – so erwarte ich das zumindest – und die Politik muss zuspitzen, kurze Botschaften formulieren. So lernen wir das. Dann gibt es natürlich auch Schattierungen: Es gibt auch Wissenschaftler, die finden, nur sie hätten Recht und es gibt differenzierte Politikerinnen.

Tanner: Es ist schon eine andere Sprache, aber es ist nicht so, dass man sich nicht versteht. Das Problem besteht vielmehr darin, dass man vielleicht nicht bereit ist, die andere Sprache zu lernen. Man muss sie ja nicht perfekt beherrschen. Aber man muss verstehen, wie ein Politiker zu einem Slogan kommt. Als Wissenschaftler darf man kein Purist sein und sagen, ein Slogan taugt nie was. Umgekehrt muss ein Politiker verstehen, dass ein Wissenschaftler das gegenwärtige Wissen abwägt und in den Kontext setzt. So kommen wir uns näher. Einer meiner wichtigsten



Eva Herzog: Es gibt ein dynamisches Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, das in Fragen stellen besteht.

Photo: Martin Bichsel

Leitsätze stammt vom britischen Epidemiologen Sir Bradford Hill: Man kann nie alles wissen, aber man hat zu jedem Zeitpunkt Wissen und kann die Umsetzung und Handlungen nicht einfach vertagen, bis zu dem Moment, wo man alles weiss. Man hat immer genug Wissen, um die Umsetzung anzugehen, der Bevölkerung etwas zu geben. Das ist auch eine zentrale ethische Frage. Das sehen viele Wissenschaftler zu wenig. Wir können uns nicht aus der Verantwortung stehlen, auch Teilerkenntnisse in den Kontext unserer Gesellschaft zu setzen und weiterzugeben.

Da stellt sich die Frage: Wie viel Wissen ist genug, um daraus politische Handlungsoptionen abzuleiten?



Marcel Tanner: Man kann Handlungen nicht vertagen, bis man alles weiss!

Photo: Annette Boutellier

Herzog: So allgemein lässt sich diese Frage nicht beantworten. Aber in der aktuellen Krise musste und muss die Politik schneller handeln, als sie es aufgrund der Entscheidungsgrundlagen sonst getan hätte. Das wurde in meinen Augen auch transparent dargestellt, aber die Bevölkerung hat trotzdem darauf reagiert wie auf die Wetterprognose, die eine ganz andere Datengrundlage hat und deshalb in ihren Voraussagen in der kurzen Frist viel präziser sein kann. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Der Punkt, dass wir genug wissen, war nie erreicht. Der Bundesrat musste eigentlich aufgrund magerster Datenlage schnelle Entscheidungen fällen. Eine solche Politik ist natürlich auch einfach zu kritisieren.

Tanner: Ich würde das nicht als magere Datenlage bezeichnen. Es ist einfach das, was man hat und keine Entschuldigung dafür, nichts zu unternehmen. Das funktioniert aber nur, wenn man im kontinuierlichen Dialog steht. Gerade in Ländern in Afrika und Asien habe ich gelernt, wie wichtig dieser iterative Prozess ist, damit Empfehlungen auch erfolgreich umgesetzt werden können. Bei uns sieht es etwas anders aus. Wenn es nämlich einer Gesellschaft besser geht, ist die Profilierung des Einzelnen grösser. Viele Politiker und Wissenschaftler bei uns schauen lieber in den Spiegel als durchs Fenster – und das behindert den Dialog.

Herzog: Das ist ein gutes Bild, das habe ich mir noch nie so überlegt, aber ja: Am Anfang dieser Krise sind wir alle erschrocken und sind zusammengestanden, und dann ging die Profilierung los – auch im Parlament, das fand ich so überflüssig.

Gab es denn auch Lichtblicke?

Herzog: Ja, ich will kein zu schlechtes Bild zeichnen. Es gab auch sehr gute Momente, wo Bundesrat, Verwaltung, Parlament und Wissenschaft gemeinsam nach Lösungen gesucht haben. Man hat sich Informationen in der Wissenschaft geholt, die Verwaltung war sehr offen für die Vorschläge aus dem Parlament, vor allem in den Kommissionen. Geholfen hat auch der Zeitdruck: Als das Parlament wieder in der Verantwortung war, mussten wir sehr schnell Gesetze verabschieden, uns zu Verordnungen äussern etc. Da haben Wissenschaft, Politik und Verwaltung Hand in Hand gearbeitet.

Das heisst der Zeitdruck war förderlich für den Dialog?

Herzog: Ja, das habe ich so empfunden.

Tanner: Weil man eben unter Zeitdruck noch viel mehr auf diesen iterativen Prozess angewiesen ist. Man kann nicht einfach sagen: Da ist was, mach. Man brauchte diesen Austausch.

In der Bevölkerung ist immer wieder der Vorwurf zu hören, dass die Wissenschaft sich nicht einig ist, weil sich der Wissensstand – und demnach auch die Information nach aussen – laufend ändert.

Wie kann man diesem Vorwurf begegnen?

Tanner: Ich fange mal am anderen Ende an, also bei dem, was überhaupt bei der Bevölkerung ankommt. Alle «Policy Briefs» der Taskforce – alle öffentlich – sind in sich nämlich sehr kohärent. Der Eindruck der Inkohärenz ist oft dadurch entstanden, dass die Medien nur über Fragmente berichtet haben. Mir war deshalb beispielsweise immer sehr wichtig, dass man Fallzahlen oder Hospitalisierungen immer in den Kontext der öffentlichen Gesundheit rückt. Dass man Befunde in den Kontext setzt, ist ganz wichtig.

Aber genau das ist ja offensichtlich nicht immer passiert. Die «Policy Briefs» mögen ja in sich stimmig sein, aber die liest ja niemand.

Tanner: Der Punkt ist doch: Wenn man zusammenarbeitet – also in diesem Fall die Wissenschaft mit der Politik – sitzt man im gleichen Boot. Und wenn man im gleichen Boot sitzt, vereint man die Kräfte und stellt keine Forderungen auf, auch wenn man vielleicht nicht gleicher Meinung ist. Und hier kommen auch die Medien ins Spiel, insbesondere diejenigen Personen, die Titel setzen. Die Blattmacher können ein Interview mit einem dummen Satz völlig zerstören. Sie müssen eben «das Blatt machen», und das muss verkauft werden. Und an diesem Punkt wird eine Diskussion in Forderungshaltungen umgesetzt.

Herzog: Früher, vielleicht noch vor 10 Jahren hätten wir diese Diskussion ganz anders geführt. Und zwar deshalb, weil heute alles Meinung, Ansichtssache ist – wer Recht hat, ist Verhandlungssache. Wie

kann man das brechen? Nur mit Erklären. Auf die Pandemie bezogen: Wenn beispielsweise der Chef der Taskforce vor einer Woche etwas anderes gesagt hat als jetzt, kann man das schon erklären. Man muss zuhören und sagen, was in der Zwischenzeit passiert ist. Und da gibt es eben nicht nur das Virus, sondern hinzu kommt das Verhalten der Leute, es wurden Schutzmassnahmen getroffen, es wurde die Mobilität eingeschränkt – und es kann Ereignisse wie Ischgl geben oder eben nicht. Man kann von der Wissenschaft ja nicht verlangen, dass sie im Voraus weiss, wie sich die Leute verhalten. Ich erwarte von der Wissenschaft nicht, dass sie jede Woche das gleiche erzählt. Ich erwarte lediglich Erklärungen für ihre Aussagen.

Haben Sie als Politikerin denn im letzten Jahr nie an der Wissenschaft gezweifelt?

Herzog: Das ist mir nie in den Sinn gekommen. Ich meine zu wissen, wie Wissenschaft funktioniert. Mein Bild von Wissenschaft hat sich durch die Pandemie nicht verändert. Ich habe keinen Zweifel an der Wissenschaft, aber ich habe mir zunehmend Gedanken darüber gemacht, wie man den Dialog verbessern kann, wie sich die Wissenschaft erklären kann. Die Bevölkerung hat nämlich ein grosses Bedürfnis, das zu verstehen, und das ist ein interessantes Phänomen. Die Wissenschaft muss sich damit auseinandersetzen zu verstehen, was die Leute für Fragen haben, was sie wissen wollen. Und wer im Labor sitzt, hat manchmal ein Kästchendenken. Politik und Wissenschaft haben sich ja schon immer gegenseitig beeinflusst, aber jetzt haben wir sozusagen die Lupe auf dieses Verhältnis gelegt.

Tanner: Völlig einverstanden. Die grosse Diskrepanz besteht ja zwischen Wissen und Verstehen. Wissenschaftler müssen sich schon Gedanken darüber machen, wie sie ihr Wissen verständlich machen können. Das tönt sehr simpel, ist aber entscheidend. Ich kann das anhand eines Beispiels illustrieren. Ich war lange in Tansania, wo immer wieder die Cholera, eine schlimme Durchfallerkrankung, wütete. Man hat also die Erkrankten aus den Dörfern in die Spitäler in der Stadt gebracht, um sie dort zu behandeln. Das hatte zur Folge, dass dort neue Infektionsherde entstanden. Wir haben dann angefangen, die Leute in den Dörfern zu behandeln, und zwar indem wir Infusionsbeutel an Bäume gehängt haben, unter denen die Menschen sassen. Ganz wichtig dabei war, dass die Leute verstanden, warum wir sie in den Dörfern behalten haben: Sie haben gemerkt, dass wir sie nicht einfach in den Dörfern sterben lassen, sondern dass sie dadurch zuhause eine Behandlung erhalten und nicht noch zusätzlich andere anstecken. Wenn wir jetzt ein Jahr zurückdenken, hat es bei uns manchmal an dieser Übersetzungsleistung gefehlt,

wenn es darum ging, die Massnahmen zu erklären. Das habe ich beispielsweise bei Menschen festgestellt, die von sogenannten «Coronareflektieren» beeinflusst sind. Viele haben Angst vor den Massnahmen, aber wenn man sie ihnen erklärt, kann man doch noch vieles bewirken – ausser man hat es natürlich mit total fanatischen Verschwörungstheoretikern zu tun.

Herzog: Gruppen wie die so genannten Querdenker verkünden sehr einfache Botschaften und erreichen so die Leute. Es ist ja auch viel anstrengender, zu vermitteln, dass sich Erkenntnisse verändern, und man kann dadurch auch verunsichert werden. Einfache Wahrheiten hingegen beruhigen – auch wenn sie nicht viel mit der Realität zu tun haben – daraus schlagen ja auch manche politische Parteien Kapital.

Wenn ich Ihnen so zuhöre, bekomme ich den Eindruck, dass dieser Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft sehr anstrengend ist. Gibt's keine Abkürzung?

Tanner: Die Abkürzung ist, wenn diejenigen, die in diesem Prozess involviert sind, am Boden der Realität angeschraubt sind. Wenn die Wissenschaft nicht einem Selbstzweck dient, wenn sie ein Problem lösen muss und auch eine Verantwortung für die Umsetzung hat, ist es kein anstrengender Prozess. Denn dann weiss man, dass man nicht einfach ein wissenschaftliches Resultat liefern und sich dann aufregen kann, dass die Prozesse nicht funktionieren. Da ist man voller Enthusiasmus dabei, und das ist nicht anstrengend.

Herzog: Eine ganz wichtige Rolle spielt dabei der Wissenschaftsjournalismus. Es ist ja paradox: Da wurden in den letzten Jahren x Redaktionsstellen abgebaut und jetzt wundert man sich, warum so wenig Knowhow vorhanden ist. Vielleicht ist es eine gesunde Erkenntnis aus der Pandemie, dass Medienschaffende wichtige Übersetzerinnen und Übersetzer wissenschaftlicher Erkenntnisse sind.

Die Realität sieht doch aber oft noch anders aus. Warum?

Herzog: Die klare Trennung zwischen Fakten und Meinung, wie sie früher zumindest noch propagiert wurde, und die damit verbundene Übersetzungsleistung, insbesondere auch in Bezug auf wissenschaftliche Themen, ist nicht mehr anerkannt. Dafür werden zu wenig Ressourcen zur Verfügung gestellt, weil die Medienhäuser finden, das liest niemand, es muss einfach sein und gute Schlagzeilen liefern. Das liegt auch daran, dass mit dem Aufkommen des Internets jeder findet, er kann sich selber seine Informationen holen. Das überfordert uns aber alle und viele merken nicht, dass sie sich in einer Blase bewegen, die immer wieder die gleichen Resultate liefert. Hier hätten die Medien eine wichtige Funktion, nämlich

Informationen zu sammeln und zu bündeln. Weil sich aber heute in den sozialen Medien alle in verschiedenen «Bubbles» tummeln, erhalten sie andere Informationen, was die Illusion erzeugt, dass es keine Fakten gibt. Es ist alles Ansichtssache. Und das macht den Dialog schwierig.

Und was wäre die Lösung?

Herzog: Zunächst mal einzusehen, dass dies der falsche Pfad ist. Die Medien müssten in meinen Augen auch stärker subventioniert werden. Aber es gibt keine einfachen Lösungen.

Tanner: Wir sprechen hier vom Dialog zwischen Politik und Wissenschaft – aber eigentlich gehören die Medien wie in einem Dreieck zu diesem Dialog. Das unterschätzt man oft. Man schafft falsche Dualitäten, hier die Wissenschaft, da die Politik, oder hier die Politik und da die Medien. Man muss diese Akteure zusammenbringen.

Wer ist denn eigentlich für den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zuständig? Jede/r für sich alleine? Oder ein zentraler Akteur?

Tanner: Fragt sich auf welcher Ebene. Die Akademien der Wissenschaften haben das staatliche Mandat, den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik und Wissenschaft und Gesellschaft zu pflegen. Das ist in der BFI-Botschaft so definiert.

Herzog: Aber das weiss doch niemand, die BFI-Botschaft lesen doch nur eine Handvoll Leute.

Tanner: Deshalb sage ich ja auch immer, die Wissenschaft soll keine «policy prescriptions» machen sondern «policy relevant statements», Handlungsoptionen aufzeigen und zur Diskussion stellen.

Aber weg von Mandaten: In der Gesellschaft haben wir alle in unseren Rollen und Verantwortungen zu diesem Dialog beizutragen. Das war auch ein Problem in Bezug auf die Science Taskforce: Jedes Mitglied kann quasi als Privatperson oder als Vertreter seiner Universität seine Einschätzung der Situation abgeben, teilweise mit sehr prononcierten Äusserungen. Und das führte wiederum zum falschen Eindruck einer Kakophonie. Womit wir wieder bei einer früheren Frage sind: «Policy Briefs» sind kohärent, aber die lesen nur wenige, genau so wenige wie die BFI-Botschaft lesen... Und hier kommt eben wieder der Wissenschaftsjournalismus ins Spiel: Journalistinnen und Journalisten müssen gut übersetzen können und nicht einfach inkohärent Schlagwörter rauspicken.

Herzog: Auch Institutionen wie die Universität Basel, die ich gut kenne, leisten einen wertvollen Beitrag zu diesem Dialog. Beispielsweise mit Veranstaltungen, die auf spielerische Art und Weise zeigen, was an der Uni geschieht – ohne Abstriche am wissenschaftlichen Anspruch. Damit regt man die Leute an, sich mit Wissenschaft auseinanderzusetzen.

Tanner: Das finde ich auch ganz wichtig. Die Wissenschaft lebt nämlich von drei Freuden: Der Freude an der Entdeckung, der Freude am Teilen – also dem Unterrichten und Vermitteln –, und der Freude, an einer Veränderung beteiligt zu sein. Dieses Dreieck hat mich durch meine ganze Laufbahn getragen. Und das zweite Dreieck ist dasjenige zwischen Lehre, Forschung und Umsetzung. Wenn man das den Menschen zeigen kann, fördert man das Interesse und den Dialog.

Herzog: Die Wissenschaft ist ja nicht von unserem Alltag abgetrennt, sie ist ja unsere Welt. Und das fängt schon in der Schule an. Wenn Kinder Fragen stellen, sollen sie eine Erklärung erhalten.

Tanner: Das führt mich zu einem Punkt, der mir wirklich wichtig ist. Viele Fragen, die wir hier diskutieren, hängen auch zusammen mit der Wissenskulturskultur. Unsere Wissenskulturskultur ist noch zu sehr auf Personen und metrische Faktoren konzentriert und nicht auf die Gemeinschaft. Meine Erfahrung hat aber immer gezeigt, dass die Gruppenleistungen zählen und nicht der einzelne Professor, der für sich eine Denkmalschnitzübung macht. Diese Kultur ist eben auch schädlich für den Dialog. Deswegen bin ich auch gegen das «Expertentum» – der «Experte» ist weniger Teil des Ganzen und nimmt oft keine direkte Verantwortung wahr. Wichtiger ist, dass jede und jeder Wissen und Erfahrung zur Problemlösung beitragen kann.

Herzog: Ich störe mich nicht am Begriff «Expertentum», aber ich spreche lieber von Arbeitsteilung. Ich habe das kürzlich einer Person versucht darzulegen, die mir erklären wollte, warum sie gegenüber Impfungen skeptisch ist. Ich habe sie gefragt: 'Warum weißt Du das jetzt besser als jemand, der sich schon seit 20 Jahren wissenschaftlich damit auseinandersetzt?' Ich bin froh darum, dass wir eine Arbeitsteilung haben und sich alle mit unterschiedlichen Themen befassen. Wir sollten einander darin auch respektieren. Ich finde es heute ganz schwierig, dass die Leute denken, sie müssten nur ein bisschen im Internet rumsurfen und wüssten es dann besser als jemand, der auf diesem Gebiet forscht.

Tanner: Nur zur Präzisierung: Mein Problem mit den «Experten» ist folgendes: Sie treffen viele gute Aussagen, übernehmen aber keine Verantwortung für die Umsetzung.

Wenn wir auf die letzten Monate zurückblicken, entsteht der Eindruck, dass die Wissenschaft vor allem in der Krise gefragt ist – erst war es die Klimakrise, jetzt die Covid19-Pandemie. Wie können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler damit umgehen, dass sie plötzlich so im Fokus der Aufmerksamkeit stehen?

Tanner: Jede und jeder sollte wissen, was sie oder er zur Krisenbewältigung beitragen kann – engagiert

aber gleichzeitig auch bescheiden. Keiner sollte den Anspruch haben, zum Krisenkommunikator zu werden, wer bis anhin seine Modelle gemacht hat, sollte dies auch weiterhin tun – meinetwegen mit dem Fokus auf die aktuelle Thematik. Aber er sollte nicht meinen, dass er jetzt direkt zu Alain Berset rennen muss.

Herzog: Es könnte ja auch eine heilsame Erfahrung sein, weil die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die jetzt im Rampenlicht stehen, viel direkter mit den Resultaten ihrer Forschung konfrontiert sind, mit deren Interpretationen und mit den Empfehlungen die daraus abgeleitet werden. Sie tragen also eine Verantwortung, die sie sonst nicht täglich spüren. Vielleicht löst das bei Einzelnen ein Nachdenken darüber aus, wie die Wissenschaft sich in der Öffentlichkeit positionieren soll.

Das würde bedeuten, dass sich Wissenschaft und Politik durch die Krise nähergekommen sind?

Herzog: Ja. Wir Politikerinnen und Politiker haben sofort Feedback auf das was wir tun oder nicht tun, und die Wissenschaft hat diese Aufmerksamkeit normalerweise nicht. Auch die Wissenschaft ist ja nicht davor gefeit, uns dafür zu kritisieren, wie wenig faktenbasiert wir Entscheidungen treffen. Ich kann mir vorstellen, dass manche WissenschaftlerInnen jetzt die Erfahrung gemacht haben, was es heisst, in der Öffentlichkeit zu stehen und Empfehlungen abzugeben, ohne noch 100 Tage länger darüber nachdenken zu können.

Tanner: Ich nenne diese Empfehlungen Handlungsoptionen. Aber wenn ein wissenschaftliches «factsheet» am Schluss nur eine einzige Empfehlung auflistet, dann stimmt was nicht, dann ist es keine Wissenschaft, sondern eher schon irgendwas Aktivistisches. Die Wissenschaft setzt in Kontext, wägt Risiken und Nutzen ab und so entstehen Handlungsoptionen.

Nun geht es ja nicht nur darum, auf Krisen zu reagieren, sondern auch proaktiv den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik und Gesellschaft zu fördern. Wie kann dieser Dialog dauerhaft installiert werden, und soll er das überhaupt?

Tanner: Zu antizipieren, was auf die Gesellschaft zukommt ist eine Kernaufgabe der Akademien der Wissenschaften, die ein Milizsystem von 100'000 Menschen repräsentieren. Und vielleicht sollten wir uns dabei tatsächlich an den Ländern orientieren, welche die wissenschaftliche Politikberatung institutionalisiert haben. Es braucht vielleicht nicht einen Chief Scientist wie Anthony Fauci. Aber es wäre gar nicht schlecht, wenn ich gemeinsam mit anderen Trägern des Wissenschaftssystems beispielsweise mit der Bundeskanzlei einen monatlichen Austausch und damit einen direkten Draht zum Bundesrat hät-

te. So könnten wir aus unserer Position heraus sagen, wie wir die grossen Themen beurteilen, die auf unsere Gesellschaft zukommen. Im angelsächsischen Raum, aber auch in Holland und Frankreich finden die Konsultationen auf dieser Ebene statt.

Herzog: Ich finde eine Institutionalisierung wäre gut, es wäre schlecht, wenn wir jetzt alles vergessen würden, was funktioniert und was nicht. Ein rein informeller Austausch versendet schnell nach der akuten Krise. Wir waren am Anfang dieser Krise institutionell nicht gut aufgestellt. Die Kommission für Pandemiebewältigung beispielsweise wurde gar nie einberufen, dann hat man eine Taskforce einberufen, was allerdings ein ziemlich holpriger Prozess war. Dann wurde über die Funktion dieser Taskforce gesprochen – ist sie beratend tätig, muss sie das Gleiche sagen wie der Bundesrat, soll sie vor oder nach dem Bundesrat reden, soll sie in der Öffentlichkeit auftreten oder nicht etc. Das sind Fragen, die wir im Hinblick auf künftige Herausforderungen klären müssen. Also: Welche Organe hat der Bundesrat zur Verfügung, wer hat welche Kompetenzen, was liegt beim BAG, hat das BAG alle Ressourcen und Kompetenzen die es braucht, was könnte vielleicht auch delegiert werden. Ich würde nicht für alle Krisen eine Riesenorganisation aufbauen, aber man könnte ein paar Säulen etablieren, etwa Cybersicherheit, Gesundheit und Pandemien und darunter eine Organisation, wo dann klar ist, was am Tag x passiert. Da müssen Leute parat sein, und es muss klar sein, wer welche Kompetenzen hat, wer berät, wer entscheidet.

Tanner: Die Rollen und Verantwortung zu definieren ist ganz wichtig. Und dann Kompetenzzentren mit spezifischem Knowhow einzubinden. Wir brauchen einen Ansatz, der Cluster schafft und nicht die ganze Welt umarmt.

Der Ständerat hat in der letzten Herbstsession ein Postulat überwiesen, in dem der Bundesrat beauftragt wird, zu prüfen, «wie ein interdisziplinäres wissenschaftliches Netzwerk oder Kompetenzzentrum für Krisenlagen geschaffen werden kann». Wie geht es jetzt konkret weiter?

Herzog: Die Bundeskanzlei muss das Postulat bearbeiten, ein erster Bericht mit «Lehren aus Covid» wurde bereits vorgelegt, weitere sind in Erarbeitung, die Analyse findet jetzt also statt. Meines Wissens sollte der Bericht bis September nächsten Jahres verabschiedet sein.

Tanner: Angesichts der Dringlichkeit dieser Fragen muss das jetzt auch passieren. Und es passt jetzt auch.

Herzog: Genau. Jetzt ist das Thema noch im Bewusstsein, man darf da nicht zu lange warten.

Tanner: Ich dränge, denn ich bin da ein bisschen gebrannt durch Ebola im Jahr 2014/2015, das auch eine weltweiter Gesundheitsnotfall war, aber nicht bei uns. 2015 sind wir dann von einem Seminar zum andern gerannt, um über «lessons learnt» zu debattieren – und trotzdem waren wir nicht bereit. Die Antwort auf solche Krisen ist ein Surveillance and Response System, wo man mit wenigen, essentiell nötigen Daten erkennt, wenn sich was in Raum und Zeit verändert, damit man rasch und gezielt reagieren und damit eine Antwort für das öffentliche Gesundheitssystem geben kann. Dieses System hat man schon bei vielen Gesundheitsproblemen, so auch bei SARS 1 propagiert, und jetzt fast 20 Jahre später taucht es wieder unter «lessons learnt» auf. Ich hoffe sehr, dass man das jetzt angesichts der aktuellen Pandemie nun wirklich begriffen hat und konsequent global umsetzt.

Welche Lehren haben Sie aus diesem Jahr für den Dialog Wissenschaft und Politik gezogen?

Herzog: Zunächst mal, dass dieser Dialog dringend nötig ist. Die Wissenschaft muss sich vermehrt Gedanken darüber machen, was sie für ein Bild gegenüber der Bevölkerung abgeben will. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, dass wir uns auf eine nächste Pandemie vorbereiten. Dass wir auf die Fragen, die konstant diskutiert wurden, institutionelle Antworten haben.

Tanner: Ich wiederhole mich: Dass wir kontinuierlich an diesem iterativen Dialog arbeiten und nicht die Haltung vertreten 'take it or leave it'. Wir müssen schauen, wie wir Kompetenzzentren schaffen und mit bestehenden Institutionen abstimmen können, denen wir Verantwortung übertragen können, damit wir Gesellschaft und Politik eine solide Grundlage für den kontinuierlichen Dialog bieten können. Und dass wir die Medien einbinden – nicht als Staatsmedien, die monopolisierte Meinungen wiedergeben, sondern Medien, die genug Mittel haben um ihre Funktion wahrnehmen zu können und die Medienvielfalt widerspiegeln und damit zum iterativen Dialog beitragen. ■

*** Carl-Lutz-Weg 3, 3006 Bern.

E-mail: astrid.tomczak@akademien-schweiz.ch



Estrid Tomczak-Plewka (Jg. 1971), lic.phil.hist., ist Wissenschaftsredaktorin bei den Akademien der Wissenschaften Schweiz, Redaktorin beim Forschungsmagazin «Horizonte» und freie Journalistin. Bereits während ihres Studiums in Deutscher Literatur, Geschichte und Politikwissenschaften an den Universitäten Bern und Wien freie Einsätze als (Lokal- und Kultur-)Journalistin bei «Bund», «Berner Zeitung» und «Radio Förderband». Nach Studienabschluss Redaktorin bei der «Berner Zeitung», 2006 bis 2011 Wissenschaftsredaktorin bei der Universität Bern, dort verantwortlich für «UniPress». 2011 Gründung von Textwerk Tomczak (www.dastextwerk.ch).

Sie lebt mit ihrem Mann und den beiden Töchtern in Bern.

Photo: Annette Boutellier